

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 14, Teil II

By Ms. Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Status : - Member

---

#### Vorschlag des Präsidiums

##### Artikel 14: [Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen]

(1) Die Union entwickelt eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen, *die auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen basiert. Diese Zusammenarbeit umfasst den Erlass von Maßnahmen zur Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften mit etwaigen grenzüberschreitenden Bezügen.*

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze, die *unter anderem* Folgendes sicherstellen sollen:

- die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;
- die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;
- die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;
- die Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;

#### Änderungsvorschlag

##### Artikel 14: [Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen]

(1) Die Union entwickelt eine justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen *mit grenzüberschreitenden Bezügen.*

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze, die Folgendes sicherstellen sollen:

- die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten;
- die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke;
- die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten;
- die Zusammenarbeit bei der Erhebung von Beweismitteln;

- ein hohes Niveau hinsichtlich des Zugangs zum Recht;
  - die reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften;
  - die Entwicklung von Maßnahmen der präventiven Justiz und von alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten;
  - Unterstützung bei der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten sowie Justizbediensteten.
- (3) **Der Rat erlässt** auf Vorschlag der Kommission einstimmig Gesetze und Rahmengesetze betreffend das Familienrecht; er beschließt nach **Anhörung** des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament und der Rat erlassen nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze betreffend die elterliche Verantwortung.
- ein hohes Niveau hinsichtlich des Zugangs zum Recht;
  - die reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften;
  - die Entwicklung von Maßnahmen der präventiven Justiz und von alternativen Methoden für die Beilegung von Streitigkeiten;
  - Unterstützung bei der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten sowie Justizbediensteten.
- (3) **Des weiteren kann zu diesem Zweck der Rat** auf Vorschlag der Kommission einstimmig Gesetze und Rahmengesetze betreffend das Familienrecht **erlassen**; er beschließt nach **Zustimmung** des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament und der Rat erlassen nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze betreffend die elterliche Verantwortung.

---

**Explanation (if any) :**

**Absatz 1:** In diesem Politikbereich geht es um **Zivilsachen** mit grenzüberschreitendem Bezug (vgl. Art. 65 Abs. 1 EGV), nicht um die "**Rechtsvorschriften**" mit grenzüberschreitendem Bezug! Letzteres würde im Grunde zur Harmonisierung des gesamten Zivilrechts ermächtigen - das aber lehne ich ab. Zudem gibt Satz 2 lediglich unzulässig verkürzt den Inhalt des Absatzes 2 wieder.

**Absatz 2:** Die Aufzählung der Gesetzgebungskompetenzen muss abschließend sein.

**Absatz 3:** Klare Bezugnahme auf Absatz 1, wonach der Anwendungsbereich auf Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug beschränkt ist. Keine "außerparlamentarische Gesetzgebung" in der EU!